

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 69 (1990)
Heft: 11-12

Rubrik: Politische Revue

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

freulich. Leider wird aber vorläufig überhaupt nichts passieren. Bundesrat Flavio Cotti wollte an der Klimakonferenz in Genf unbedingt einen Leistungswillen der Schweiz manifestieren. Deshalb hat er den Bundesrat zur Absichtserklärung veranlasst. Mehr als eine Absichtserklärung haben wir nicht. Die Landesregierung verkündete am 31. Oktober nur, dass der Bundesrat im nächsten Sommer eine Botschaft beschliessen wolle und dannzumal darüber erst noch eine Vernehmlassung durchführen werde. Von einem der Problematik angemessenen Tempo keine Spur. Monatelange Abklärungen wären aber nicht nötig, wenn der politische Wille wirklich da wäre. Bundesrat Cotti will sich aber vor den Wahlen die Finger nicht mit einer griffigen Kohlendioxid-Politik verbrennen. Da kündigt er lieber etwas Grossartiges an, lässt es dann etwas ruhen und veranstaltet darauf noch eine Vernehmlassung. Nach den Wahlen soll dann das neue Parlament entscheiden.

Die SP Schweiz hat in einer ersten Stellungnahme unmissverständlich mehr Tempo verlangt und vorgeschlagen, dass mit der Kohlendioxid-Abgabe ein Rückerstattungsmodus nach dem Modell des Ökobonus eingeführt werden müsste. Nicht nur soll umweltschädliches Verhalten einfach bestraft werden, es gilt vielmehr, umweltfreundliches Tun auch zu belohnen.

Aufatmen für 80'000 Landsturmsoldaten

Viel Neues hat die Freitagrunde mit Generalstabschef Heinz Häsler im November am Deutschschweizer Fernsehen zwar nicht gebracht. Zu hilflos waren die Antworten auf Fragen zu Abrüstung und Entspannung in Europa. Irritierend deshalb auch die bekräftigte Aussicht auf neue High-Tech-Rüstungsbeschaffungen mit dem F/A-18 etc.

Erfreulich aber immerhin ein Hinweis so nebenbei: Auf die Zuschauerfrage eines Betroffenen deutete Häsler an, dass die Landsturmcourse noch vor der Reform 95 endgültig aus dem EMD-Programm gekippt werden dürften. Das bedeutet bis 1995 etwa 280'000 Dienststage weniger oder konkret: ab sofort militärfrei für ungefähr 80'000 Soldaten der älteren Jahrgänge. Das entsprechende Postulat von SP-Nationalrat Fritz Lanz hat offenbar gewirkt. Die Freude darüber dürfte nicht nur bei den entlasteten Landsturm-Soldaten gross sein. 280'000 gewonnene neue Arbeitstage sind auch ein volkswirtschaftlich positiver Faktor. (rz)

MFD-Werbung verschleudert Steuergelder

Der Militärische Frauendienst (MFD) hat seit Jahren Rekrutierungsschwierigkeiten. Die Frauen wollen nicht

Soldatis spielen, weil sie den Sinn dafür nicht (mehr) einsehen. Erstaunlich ist das an sich nicht. Mit aufwendigen Werbekampagnen versucht das EMD hier abzuheilen. Wie in der Presse zu lesen war, passierte 1990 dem MFD Peinliches: Mittels sogenannten "Direct-Mailing" sollten 65'000 junge Frauen angeschrieben werden. Die Werbepost erreichte aber auch Behinderte, Männer, Ausländerinnen und sogar Adressen von Verstorbenen. Diesmal ist die Werbung offenbar buchstäblich nicht angekommen. Kostenpunkt der Gesamtwerbung inklusive Flop: 410'000 Franken. Angesichts der Tatsache, dass die Landesregierung für Friedensforschung ganze 30'000 Franken locker machen will, ist diese Investition in die Vergangenheit schlicht unzumutbar. (rz)

Die Anmassung behördlicher Abtreibungsfischen

Die bekanntgewordene Existenz von Abtreibungsfischen mit den Personalien der Frauen und den medizinischen Gutachten – nota bene über Fälle von legalen Schwangerschaftsabbrüchen! – hat eine Lawine parlamentarischer Vorstösse in den Kantonen ausgelöst. Die Regierungsantworten lassen tief blicken: Das Gesetz verlangt keineswegs, dass die Kantone die nötigen Ärzte-Gutachten einsehen, und dennoch massten

sich die Kantone eine Kontrolle an, um sicherzustellen "dass alle etwa den gleichen Massstab anwenden" (SG), bzw. "die Praxis im Sinne des Gesetzgebers funktioniere" (GR) oder "um den Beweis zu erbringen, dass der Abbruch legal erfolgte" (LU). Besonders beunruhigend tönt es aus dem Aargau, wo der Regierungsrat zu Protokoll gibt, die Dossiers sollten "die Kontrolle der Rechtmässigkeit der Eingriffs bzw. der Gutachterfähigkeit ermöglichen" und "nötigenfalls als Beweismittel zugunsten der Frau (doch wohl eher zulasten? / Red.) und der Ärzte dienen". Kontrolle der Rechtmässigkeit einer Expertise, der Staat als Obergutachter bzw. Richter? Das Mittelalter scheint nicht fern. Der Prozess von Memmingen in Bayern hat demonstriert, welche Hexenjagd möglich wird, wenn sich der Staat anmasst, ärztliche Indikationen zu kontrollieren. Die Abtreibungsficherei zeigt, dass Memmingen durchaus auch hierzulande möglich wäre. (mpc)

Gleichheit – Brüderlichkeit

Unter dem Titel "Papi ist schwanger" berichtete das "Magazin" (Nr. 42) von der Idee der US-Firma Anatomical Chart Company, für die bescheidene Summe von 800 Franken mehr Gleichheit der Männer mit den Frauen anzubieten. Jeder vom Anblick seiner allein den Schwangerschaftsbauch tragenden Ehefrau frustrierte Mann kann sich ab sofort einen "Solidaritätsbauch" anschaffen: 11 Pfund warmes Wasser, ein zweipfündiges alle Bewegungen mitmachendes Fötus-Pendel und Einrichtungen, welche Bauch und Rücken einengen sowie das Atmen erschweren. So sollen also etwa 20 Symptome künstlich geschaffen werden, damit der Mann seine Frau besser versteht . . . Selbstverständlich weist der Kunstbauch-Prospekt die mitfühlenden

Männer darauf hin, dass es nicht nötig sei, das Anhängsel die ganzen neun Monate zu tragen. Das wäre dann wohl wieder der "kleine Unterschied" (mpc)

Vernünftiger Umweltschutz?

Seit einiger Zeit produziert eine in Zürich beheimatete "Vereinigung für vernünftigen Umweltschutz" regelmässige Pressedienste, die in der Regel immer dort von vernünftigem Umweltschutz reden, wo weniger Umweltschutz gemacht wird. Deshalb erstaunt die jüngste Ausgabe nicht, die lauthals zusammen mit der Autolobby verkündet: "Tempo 30 ist nicht umweltfreundlich". Sich auf ein Parteigutachten der Autoimporteure berufend, das u.a. von mehr verbrauchtem Treibstoff bei Tempo 30 spricht, sparen die "vernünftigen" Umweltschützer denn auch nicht mit massiven Vorwürfen an die Adresse des Buwal. Mal abgesehen davon, dass in der BRD ausgerechnet der Automobilclub (ADAC) zu andern Schlüssen kommt, vergessen die erwähnten Vernunftmonopolisten die Tatsache, dass die Labormessungen des Autolobby-Gutachtens das nachweislich andere Fahrverhalten auf Strassen verkehrsberuhigter Gebiete nicht realistisch miteinbezogen hat. Es sei uns deshalb erlaubt, das entsprechende Gutachten mit effektiven Vorher- und Nachhersituationen noch abzuwarten, das vom Buwal in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Umweltbundesamt in Auftrag gegeben worden ist. (rz)

Recycling-Monopolist

Dicke Post haben in den letzten Tagen die Gemeinden erhalten, die vorbildlich mit Altglascontainern das Recycling von Wegwerfflaschen för-

dern. Die Vetropack hat den Abnahmepreis für Altglas massiv um 60 bis 80 % gesenkt. Als Monopolfirma im Altglasbereich ist die Vetropack am längeren Hebel. Die Wut der Gemeinden ist gross. Auf ihrem Buckel wird einmal mehr nach dem Motto "Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Verluste" verfahren. Denn einerseits produziert besagte Firma die problematischen Einwegflaschen, drückt nun aber den Preis bei der nötigen Rücknahme. Ebenso sehr mit wirtschaftlichem Druck auf die Gemeinden machte sich seinerzeit die Vertropack gegen ein teilweises Verbot für (grosse) Einwegflaschen stark. Mit Umweltschutz, den sich die Vetropack gerne auf die PR-Fahne schreibt, hat das alles wenig zu tun. Mit Profitmaximierung dafür sehr viel. (rz)

Mietzinspolitik nach dem Gusto der FDP

Im freisinnigen Pressedienst nimmt Nationalrat Hans Rudolf Gysin noch einmal Stellung zu den Hypozins-Debatten im Nationalrat. Er macht sich dabei vor allem stark für die freisinnige Motion für mehr Markt im Wohnungswesen und gegen die Kostenmietpolitik der SP. Grundtenor: Die totale Deregulierung bringt die Lösung im Mietbereich. Lösung für wen, muss man hier fragen. Denn mehr Markt- statt Kostenmietpreise bedeuten ab sofort höhere Mietzinsen. Die Hauseigentümer könnten unabhängig von ihren Kosten die Preise diktieren und eine unheimlich Profitrente einstreichen. Alle Altliegenschaften, die Mehrheit der Wohnungen in der Schweiz, wären davon betroffen. Die daraus folgenden Fürsorgeprobleme dürfte dann wohl der Staat mit Steuergeldern lindern, frei nach dem Motto: Privatisierung der Gewinne, Verstaatlichung der daraus erwachsenden Verluste. (rz)